



Innung für Elektro- und
Informationstechnik Hof
Birkigtweg 22
95030 Hof

Anmeldung zur Wiederholungsprüfung

im Ausbildungsberuf **Elektroniker-/in FR Energie- u. Gebäudetechnik**

Die Zulassung wird beantragt für die: **1. Wiederholungsprüfung**
 2. Wiederholungsprüfung

Nachname _____ Vorname _____
Straße und Nr. _____ PLZ und Ort _____
Geburtsdatum _____ Telefon-Nr. _____

- Das Ausbildungsverhältnis wurde nicht verlängert; der Prüfungsteilnehmer zahlt die Prüfungsgebühr selbst.
 Das Ausbildungsverhältnis wurde bei folgender Firma verlängert:

Ausbildungsbetrieb

Name _____
Straße und Nr. _____ PLZ und Ort _____
Telefon-Nr. _____ E-Mail _____

Der Prüfungsteilnehmer

- wiederholt die gesamte Prüfung.
 beantragt, die nachstehend aufgeführten Prüfungsfächer/Prüfungsbereiche, in denen er in der vorangegangenen Prüfung bereits mindestens ausreichende Leistungen nachgewiesen hat, **nicht wiederholen zu müssen:**
- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Arbeitsauftrag (GP Teil 1) | <input type="checkbox"/> Systementwurf |
| <input type="checkbox"/> Kundenauftrag (Praxis) | <input type="checkbox"/> Funktions- und Systemanalyse |
| | <input type="checkbox"/> Wirtschafts- und Sozialkunde |

- Der Auszubildende ist mit der Weitergabe des Prüfungsergebnisses durch die Handwerkskammer/zuständige Innung an die zuständige Stelle zur Durchführung von Freisprechungsfeiern einverstanden. ja nein

Ort, Datum

Unterschrift Auszubildende/r

Unterschrift Ausbildungsbetrieb

ZUR BEACHTUNG

Der Anmeldung sind beizufügen: **(Nur bei Erstprüfung!)**

- Bescheinigung über die Teilnahme an der vorgeschriebenen Zwischenprüfung bzw. Teil I der Gesellenprüfung (Kopien).
- Bescheinigung über die ordnungsgemäße Berichtsheftführung (siehe Anlage)
- Eine Kopie der ersten Seite des Ausbildungsvertrages (mit Eintragungsvermerk Handwerkskammer)

Anmeldeschluss:

Sommerprüfung: 10.04. des Jahres
Winterprüfung: 31.10. des Jahres
Anträge auf vorzeitige Zulassung müssen für die Sommerprüfung bis 28.02. und für die Winterprüfung bis 31.08. des Jahres gestellt werden

Erläuterungen:

Die Prüfungsgebühr ist vom Ausbildungsbetrieb sofort nach Erhalt der Rechnung zu entrichten.

Gebühr bei Rücktritt

Tritt der Prüfling vor Beginn der Prüfung aus Gründen, die er **zu vertreten** hat, zurück, so werden von der Prüfungsgebühr für angefallene Verwaltungsarbeiten 35 % berechnet.
Tritt der Prüfling vor bzw. nach der Prüfung aus Gründen, die er **nicht zu vertreten** hat, zurück, so werden von der Prüfungsgebühr für angefallene Verwaltungsarbeiten 20 % berechnet.
Erscheint der Prüfling **nicht** zum Prüfungstermin bzw. tritt der Prüfling nach Beginn der Prüfung aus Gründen, die er zu vertreten hat, zurück, so ist die Prüfungsgebühr voll zu entrichten.

Zulassung zur Gesellen-/Abschlussprüfung (§ 36 HwO bzw. § 37 BBiG)

Zur Gesellen-/Abschlussprüfung ist zuzulassen,

1. wer die Ausbildungszeit zurückgelegt hat oder wessen Ausbildungszeit nicht später als zwei Monate nach dem Prüfungstermin endet,
2. wer an vorgeschriebenen Zwischenprüfungen teilgenommen sowie vorgeschriebene schriftliche Ausbildungsnachweise geführt hat und
3. wessen Berufsausbildungsverhältnis in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse eingetragen oder aus einem Grunde nicht eingetragen ist, den weder der Auszubildende noch dessen gesetzlicher Vertreter zu vertreten hat.

Über die Zulassung zur Gesellenprüfung/Abschlussprüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Hält er die Zulassungsvoraussetzungen nicht für gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

Besondere Verhältnisse behinderter Menschen, § 16 Gesellen/Abschlussprüfungsordnung:

Bei der Durchführung der Prüfung sollen die besonderen Verhältnisse behinderter Menschen berücksichtigt werden. Die Art der Behinderung ist mit dem Antrag auf Zulassung zur Prüfung nachzuweisen.

§ 31 Abs. 3 Handwerksordnung/§ 37 Abs. 2 Berufsbildungsgesetz:

Dem Zeugnis ist auf Antrag des Auszubildenden eine englischsprachige oder eine französischsprachige Übersetzung beizufügen.

Auf Antrag des Auszubildenden kann das Ergebnis berufsschulischer Leistungsfeststellungen, in Form der Durchschnittsnote, auf dem Zeugnis ausgewiesen werden. (Eine beglaubigte Kopie des Berufsschulzeugnisses mit berechneter Durchschnittsnote muss dem Antrag beigelegt werden).